



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

«AHVplus»: Gefährlich, teuer und verantwortungslos

Am 25. September stimmen wir über die Eidgenössische Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» ab. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verlangt einen Zuschlag von 10 Prozent auf sämtlichen AHV-Altersrenten, ohne sich zur Finanzierung dieses Zuschlages zu äussern. Mit diesem verantwortungslosen Begehren gefährden die Gewerkschaften unser wichtigstes Sozialwerk, die AHV. Die Antwort auf «AHVplus» muss daher NEIN lauten.

In den AIHK Mitteilungen vom Juni 2016 haben wir bereits erläutert, weshalb mit dem giesskannenartig auszurichtenden Zuschlag auf allen AHV-Altersrenten die Falschen begünstigt würden. «AHVplus» ist aber nicht nur asozial, sondern auch enorm kostspielig. In völlig rücksichtsloser Weise gefährdet die Initiative unsere Altersvorsorge, besonders zu Lasten jüngerer Generationen.

«+» würde AHV ruinieren

Die auf dem Umlageverfahren basierende AHV steht aufgrund des demografischen Wandels bereits heute vor immensen Herausforderungen, nur schon um das Rentenniveau künftig zu halten. Schliesslich wird sich die seit Einführung der AHV im Jahre 1948 mit der massiv angestiegenen Lebenserwartung zusammenhängende Entwicklung, dass nämlich immer mehr Rentner eine Altersrente beziehen, während immer weniger Erwerbstätige Beiträge für deren Finanzierung bezahlen, weiter zuspitzen. Berechnungen zufolge wird sich die Anzahl der Rentner in den nächsten 30 Jahren im Vergleich zu heute verdoppeln. Schon 2014 und 2015 hat die AHV mehr ausgegeben als eingenommen. Die giesskannenartige Aufstockung sämtlicher Altersrenten um 10 Prozent würde zu einem massiven Leistungsausbau führen, indem die Renten pro Einzelperson durchschnittlich um 200 Franken pro Monat und pro Ehepaar um 350 Franken pro Monat erhöht würden. Dies würde für die AHV ab 2018 zu jährlichen Zusatzkosten

in Höhe von gut 4 Milliarden Franken und ab 2030 sogar zu Zusatzkosten von 5,5 Milliarden Franken pro Jahr führen. Wie diese Ausbauträume der Gewerkschafter finanziert werden sollen, lässt der Initiativtext offen. Die Gewerkschaften und in ihrem Schlepptau SP und Grüne scheinen Fragen rund um die Finanzierung wenig zu interessieren. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einem «+» in Form eines 10-Prozent-Zuschlages auf allen AHV-Altersrenten völlig realitätsfremd und könnte die ohnehin schon bröckelnde AHV allenfalls sogar zum Einsturz bringen.

Darum geht es

Die Eidgenössische Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» hat folgenden Wortlaut:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 10 (neu)

10. Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

¹ Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente.

² Der Zuschlag wird spätestens ab Beginn des zweiten Kalenderjahrs ausgerichtet, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.

Breite Allianz gegen «AHVplus»

Sowohl auf nationaler Ebene als auch im Aargau engagiert sich eine äusserst breit abgestützte Allianz gegen die «AHVplus»-Initiative. Im **Aargauer Komitee NEIN zu «AHVplus»** sind die Parteien SVP, FDP, CVP, EVP, glp und BDP vertreten; sofern vorhanden auch deren Jungsektionen. Dem Co-Präsidium des Komitees gehören zudem die Präsidenten der Wirtschaftsverbände, nämlich des Bauernverbands Aargau, des Aargauischen Gewerbeverbands und der AIHK, ebenso wie der Präsident des Aargauischen Seniorenverbands (ASV) an.

Treten auch Sie unserem Komitee bei und/oder unterstützen Sie unseren Abstimmungskampf mit einer Spende. Besuchen Sie dazu unsere Webseite www.aargauerkomitee.ch/ahvplus-nein

«+» wäre teuer für die Wirtschaft

Wenn es darum geht, Geld auszugeben, haben die Gewerkschaften viele Ideen. Geht es hingegen darum, zuerst einmal Geld zu erwirtschaften, so sind Ideen der Gewerkschaften eine Rarität. Genauso verhält es sich bei «AHVplus». Die geforderten 10-Prozent-Zuschläge auf allen AHV-Altersrenten müssten irgendwie finanziert werden, bevor sie ausbezahlt werden könnten. Wahrscheinlich wären höhere Lohnbeiträge bei Annahme der Initiative unausweichlich. Heute liegen die Lohnbeiträge an die AHV von Arbeitgeber

«Höhere Arbeitskosten, weniger Wettbewerbsfähigkeit»

und Arbeitnehmer bei 8,4 Prozent (je 4,2 Prozent). Da die Lohnbeiträge seit Jahren nicht erhöht wurden, liege es laut Gewerkschaften bei Annahme der Initiative problemlos drin, diese um rund 1 Prozent zu erhöhen. Dies würde jedoch die aktuell schon beispiellos hohen Arbeitskosten der Schweizer Wirtschaft in einem angesichts der



Euro-Schwäche ohnehin ungünstigen Moment zusätzlich verteuern und damit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen massiv schaden. Höhere Lohnbeiträge könnten Unternehmen gar dazu veranlassen, weiter Personalkosten einzusparen und Prozesse ins Ausland zu verlagern. Das kann niemand wollen. Hinzu kommt, dass Lohnbeitragserhöhungen von rund 1 Prozent mittelfristig aufgrund der erwarteten Verdoppelung der Anzahl Rentner bis in 30 Jahren nicht ausreichen dürften. Ergänzend käme daher sogar eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in Frage. Das «+» wäre deshalb schlecht für die Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft!

Generationen vereint gegen «AHVplus»

Die meisten heutigen Rentner würden vermeintlich von «AHVplus» profitieren. Trotzdem engagieren sich im Aargau wie auch schweizweit Rentner- und Seniorenorganisationen

sowie namhafte Persönlichkeiten im Rentenalter gemeinsam mit vielen Jungparteien für ein NEIN zu «AHVplus». Die älteren Generationen, welche tatkräftig dazu beigetragen haben, unser Rentensystem in einer möglichst nachhaltigen Art und Weise aufzubauen, wollen dieses System nun offensichtlich nicht eigennützig und zu Lasten kommender Generationen gefährden. Schliesslich müssten bei Annahme dieser teuren Initiative in erster Linie die jüngeren Menschen in diesem Land durch höhere Lohnabzüge und wohl auch höhere Steuern die Zeche bezahlen.

FAZIT

National- und Ständerat sowie der Bundesrat haben «AHVplus» deutlich abgelehnt. Nun liegt es beim Stimmvolk, die verantwortungslosen Ausbauträume der Gewerkschaften wuchtig abzuschmettern. Stimmen Sie am 25. September NEIN gegen «AHVplus»!